

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Kai Biermann / Martin Haase
Sprachlügen

Unworte und Neusprech von ›Atomruine‹ bis ›zeitnah‹

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Abfallbehandlung, thermische

Eigentlich Müllverbrennung. Allerdings möchte niemand hierzulande gern in der Nähe einer Müllverbrennungsanlage leben, weswegen die Betreiber nicht nur Ruß- und Abgasfilter einbauen, sondern auch Sprachfilter. Letztere funktionieren hier sogar in drei Stufen. Erstens ist Behandlung ein Wort, das den eigentlichen Prozess verschleiern soll. Es sagt lediglich aus, dass irgendetwas mit dem Müll geschieht. Zweitens ist aus dem Müll nun plötzlich Abfall geworden, der schon etwas weniger schmutzig und stinkend klingt. Drittens wird das Ganze ergänzt durch einen physikalischen Ausdruck, der dem Vorgang einen wissenschaftlichen und sachlichen Anstrich gibt. Allerdings passt das Adjektiv nicht zum Substantiv, denn der Abfall wird nicht thermisch, also durch Wärme behandelt. Er wird verbrannt. Das korrekte Adjektiv griechischen Ursprungs wäre eigentlich *kaustisch*, also »brennend«. Vielleicht empfanden die Wortschöpfer das ungebräuchliche Wort als zu viel des Guten. Angesichts des offensichtlichen Willens, den Prozess zu vernebeln, fällt es allerdings schwer, dabei an Skrupel zu glauben. Schließlich kann die Verschleierung sogar noch zur thermischen Abfallverwertung ausgebaut werden. Nach Neusprechkriterien ist das schon die hohe Schule. Wobei, da geht noch was: Wie wäre es mit dem Ausgraben – Verzeihung! – mit dem Recycling bewährter DDR-Propaganda? Dort wurde Müll als Sekundärrohstoff bezeichnet. Der lässt sich hier doch sicher noch irgendwo einbauen. Ach richtig, das passiert ja schon und nennt sich dann tatsächlich Sekundärbrennstoff.

abstrakt hoch

Abstrakt kommt vom lateinischen Verb *abstrahere*, »entziehen«. Die abstrakte Malerei beispielsweise ist eine, die dem realistischen Abbild entzogen ist beziehungsweise sich von ihm entfernt hat. Eine abstrakte Gefahr ist also weniger bedrohlich als eine unmittelbar drohende. Es ist eine Gefahr, die nicht konkret wird – abgeleitet vom lateinischen *concreescere*, »zusammenwachsen, erwachsen«. Das wirft die Frage auf, ob eine solche Gefahr damit überhaupt noch eine ist. Denn Gefahr wird definiert als (konkrete) Wirkung einer (bis dahin abstrakten) Gefährdung. Wenn Innenminister von einer Gefahr sprechen, die **abstrakt hoch** ist, bewegen sie sich also irgendwie in die falsche Richtung. Sie wollen nahelegen, das Risiko sei enorm. Allerdings machen sie diesen Gedanken mit dem adverbialen **abstrakt hoch** sogleich wieder zunichte und sagen eigentlich – wenn auch unwillentlich –, dass das Risiko wohl eher hochabstrakt und das → **Ereignis** eben nicht sehr wahrscheinlich ist. Klingt wie Quark? Ist es auch. Das kommt daher, dass das Versprechen der → **inneren Sicherheit** in der Politik ungefähr so leicht zu halten ist, wie die Quadratur des Kreises in der Mathematik lösbar. Die Vertreter dieses Spezialgebietes wollen einerseits Bürger vor Gefahren warnen, sie gleichzeitig aber auch beruhigen. Denn sie sollen sich zwar gerne ein wenig gruseln, um neue Überwachungsgesetze toll zu finden, aber sie sollen nicht gleich schreiend davonrennen. Wer will schon Wähler verschrecken. Da beides gleichzeitig unmöglich ist, kommt obiger Wahnwitz heraus.

absurd

Bedeutet streng genommen Unsinn und wird üblicherweise verwendet, um Aussagen oder Vorschläge des politischen Gegners abzuwehren oder um Forderungen von Wählern zu diskreditieren. Allerdings ist das Adjektiv wohl einer der vielseitigsten Begriffe politischer Sprache. Er kann je nach Zusammenhang völlig andere Bedeutungen annehmen, wird meistens aber als Antiphrase eingesetzt. Wer eine Behauptung **absurd** nennt, kann beispielsweise damit meinen, dass sie:

1. leider wahr ist, er es aber als Frechheit empfindet, dass sie öffentlich wiederholt wurde;

2. leider wahr ist und leider sogar belegbar, diese Tatsache für den Angeprangerten allerdings so peinlich ist, dass deren Erwähnung allein schon eine Frechheit darstellt;

3. möglicherweise wahr ist, aber glücklicherweise durch Fakten nicht belegt werden kann, weswegen die Äußerung selbstverständlich eine Frechheit ist. Der Ausdruck kann sich wie gesagt auch auf Forderungen beziehen. Und meint dann, dass diese:

4. zwar notwendig sein mögen, aber gerade furchtbar unpassend sind, warum auch immer;

5. zwar notwendig sein mögen, aber furchtbar teuer werden würden und daher politisch nicht vermittelbar sind – schon gar nicht vor einer Stadtrats-, Landtags-, Bundestags- ... vor irgendeiner Wahl eben;

6. zwar notwendig sein mögen, aber nur gegen den Widerstand von Lobbyisten und Interessengruppen durchsetzbar wären, dass sie also das Risiko des politischen Scheiterns in sich tragen und daher ebenfalls nicht vermittelbar sind, schon gar nicht vor einer Wahl;

7. tatsächlich Unsinn sind (selten).

Aggressor

Bislang kannte lediglich das Völkerrecht **Aggressoren**. Der Ausdruck kommt vom lateinischen *aggredi* für »sich nähern, angreifen« und meint Staaten, die ihre Armeen los-schicken, um einen anderen Staat zu überfallen. In letzter Zeit scheint es jedoch vermehrt Privatpersonen zu geben, die sich eine Armee zulegen und die damit Länder wie Deutschland anzugreifen drohen. Zumindest taucht der **Aggressor** inzwischen in den Reden von Politikern auf, wenn sie beispielsweise darüber schwadronieren, warum unbedingt die Bundeswehr auf den Straßen unserer Städte patrouillieren soll. Wobei immer etwas unklar bleibt, was genau nun unter einem **Aggressor** zu verstehen ist. Das liegt einerseits daran, dass es den Begriff in unserem Rechtssystem nicht gibt und er lediglich eine allgemeine Bezeichnung für Übeltäter ist. Andererseits sind dafür aber auch die Redner selbst verantwortlich, die das gern im Vagen lassen und den Ausdruck als Synonym mal für Terrorist, mal für → **Störer** benutzen. Dabei geht es nicht nur darum, dass der **Aggressor** bedrohlich klingt. Die Verwendung von Kriegsvokabular im Bereich der → **inneren Sicherheit** ist kein Zufall. Sie soll die Grenze zwischen Militär und Polizei verwischen und bedeutet eine Abkehr von rechtsstaatlichen Standards. Wer im Inneren von **Aggressoren** und Kombattanten redet, will nicht Straftaten ermitteln und sich mit Richtervorbehalten herumschlagen, sondern Krieg führen.

alternativlos

Wer Politiker so reden hört, der kann schnell den Eindruck gewinnen, sie könnten gar nicht anders, als zu tun, was sie

eben tun. Denn haufenweise Dinge sind plötzlich **alternativlos**: Milliarden an kaputtgezockte Banken und bankrotte Staaten überweisen, dafür bei den Sozialausgaben und bei der Bildung sparen, einen → **Krieg** in Afghanistan führen et cetera. »There is no alternative«, sagte die britische Premierministerin Margaret Thatcher schon vor dreißig Jahren, als sie den sozialen Staat abschaffte und alle Macht den Spekulanten überließ. Und bis heute findet dieses seitdem sogenannte TINA-Prinzip Anhänger. Hierzulande ist es gerade wieder schwer in Mode. Schaut her, soll es ausdrücken, wir müssen das alles nun einmal genau so beschließen, das sind Naturgesetze, also hört endlich auf zu jammern. Wer will, kann das als eine Politik des übergesetzlichen Notstandes betrachten und die Argumentation damit übernehmen. Wer will, kann darin auch ein Eingeständnis der Politik sehen, hilflos zu sein. Doch träfe das nicht annähernd den Kern, wie die dabei gern verwendete **alternativlose** Entscheidung zeigt: Die nämlich ist ein Oxymoron, eine Verknüpfung von Dingen, die sich widersprechen. Wäre die Situation ohne Alternative, also Wahlmöglichkeit, gäbe es nichts zu entscheiden. Gibt es aber eine Alternative und sei es nur die, das Gesetz/das Geldverschenken/das Kriegführen eben sein zu lassen, steht auch eine bewusst getroffene Entscheidung dahinter. Wäre Politik also tatsächlich **alternativlos**, bräuchte es gar keine Politiker, die Dinge würden einfach so geschehen. Was zeigt, dass der Begriff auf keinen Fall hilflos ist. Er ist vielmehr eine Lüge. Völlig zu Recht wurde er daher 2011 zum Unwort des Jahres erklärt. Was aber lediglich dazu führte, dass Politiker sich nun Synonyme wie »unumgänglich« oder »beispiellos« für ihn ausdenken.

Antiterrordatei

Terror ist ein politisches Wunderwort. Mit ihm lässt sich dem gemeinen Wähler nahezu alles aufschwätzen. Zum Beispiel eine vom Bundeskriminalamt geführte Liste einer unbekanntenen Zahl von Menschen, zusammengestellt nach unbekanntenen Kriterien, gespeichert für eine unbestimmte Zeit und einen unklaren Verwendungszweck. Siehe auch → **Gefährder**. Nicht etwa Terrorgegner werden in der **Antiterrordatei** gespeichert, wie der Name vermuten ließe, sondern im Zusammenhang mit Terrorismus irgendwie auffällig gewordene Personen; »irgendwie« ist dabei wörtlich zu nehmen. Im Gesetzestext heißt es, registriert werden auch jene, »die rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwenden oder eine solche Gewaltanwendung unterstützen, vorbereiten, befürworten oder durch ihre Tätigkeiten vorsätzlich hervorrufen«. Gespeichert wird auch, wer Kontakt zu solchen Personen hat oder wer von der Unterstützung rechtswidriger Gewalt »Kenntnis hat«. Das kann jeder sein, der auf einer Demonstration ein Transparent hochhält, und auch jeder, der mit einem Transparenthochhalter telefoniert. Nach dieser Definition müsste sogar der eine oder andere Politiker darin aufgeführt werden. Aber im Bundestag Angriffskriege zu unterstützen, zählt wahrscheinlich wieder nicht. Dass kaum jemand gegen die Einführung der **Antiterrordatei** protestiert hat, zeigt, wie leicht sich eine Erweiterung der Machtbefugnisse des Staates verkaufen lässt, wenn diese den Anschein erweckt, etwas gegen Terroristen zu unternehmen.

Arbeitgeber

»Es konnte mir nicht in den Sinn kommen, in das »Kapital« den landläufigen Jargon einzuführen, in welchem deutsche Ökonomen sich auszudrücken pflegen, jenes Kauderwelsch, worin z. B. derjenige, der sich für bare Zahlung von andern ihre Arbeit geben läßt, der Arbeitgeber heißt, und Arbeitnehmer derjenige, dessen Arbeit ihm für Lohn abgenommen wird.« Den Satz schrieb Friedrich Engels im Vorwort zur dritten Auflage von Karl Marx' »Kapital«. Geholfen hat es nichts, das Kauderwelsch ist inzwischen gang und gäbe, überall ist vom **Arbeitgeber** die Rede. Der klingt, als würde er der Welt einen Gefallen tun, wenn er den Menschen mit all ihrer überschüssigen Arbeitskraft großzügig die Möglichkeit gibt, sich an Arbeitsplätzen abzarbeiten. Folgerichtig heißt der, der sich dort abarbeiten darf, dann auch → **Arbeitnehmer**. Für Marx selbst war Arbeitskraft ganz nüchtern eine Ware, die von dem einen verkauft und von dem anderen gekauft wird. Die sich jedoch überhaupt nur auf dem Markt befindet, weil der Anbieter keine anderen Waren verkaufen kann – also gezwungen ist, seine Arbeitskraft gegen Geld zu tauschen. Irgendwie haben es deutsche Firmenchefs und Politiker geschafft, dieses Verhältnis sprachlich umzudrehen. Die, die hier »nehmen«, haben gar keine andere Wahl, als jeden Tag eben jenem Verkauf ihrer Kraft zuzustimmen. Und im Übrigen auch nur wenig Einfluss darauf, wie hoch der Preis dafür ist.

Arbeitnehmer

Siehe → **Arbeitgeber**.

arbeitssuchend

Keine Frage, es gibt viele Menschen, die eine Arbeit suchen. Beispielsweise, weil sie der Liebe wegen in eine neue Stadt ziehen wollen, oder weil sie sich eine neue Aufgabe wünschen. Das aber ist nicht gemeint, wenn das inzwischen sogenannte → **Jobcenter** unterscheidet zwischen **arbeitssuchend** und arbeitslos. Denn all jene, die sich laut Paragraf 38 Drittes Sozialgesetzbuch nun als **arbeitssuchend** melden müssen, suchen im Zweifel noch gar keine neue Arbeit, sondern sind gerade dabei, ihre alte zu verlieren. Zitat SGB III: »Personen, deren Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis endet, sind verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dessen Beendigung persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden.« Sie sind also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bald arbeitslos, ob sie nun eine neue Arbeit suchen oder nicht. Sie könnten also auch gefahrlos so genannt werden. Werden sie aber nicht. Denn was wie verbrämendes Bürokratendeutsch klingt, soll die Statistik verfälschen. Wer sich **arbeitssuchend** meldet, taucht in der Arbeitslosenstatistik noch nicht auf, obwohl er es müsste, wenn das Dritte Sozialgesetzbuch wortwörtlich ausgelegt würde. Denn die Arbeitslosigkeit ist vielen der Betroffenen sicher, der Weg dahin wird sprachlich nur ein wenig in die Länge gezogen. Es handelt sich hier also um einen klassischen Euphemismus, eine Schönfärberei. Was noch klarer wird, wenn man sich vergegenwärtigt, dass viele, die tatsächlich arbeitslos sind, selbstverständlich eine Arbeit suchen. Sie dürfen also getrost als **arbeitssuchend** gelten, aber trotzdem nicht so genannt werden. Was alle Arbeitslosen gleich noch herabsetzt. Denn der damit zwischen beiden Zuständen hergestellte Gegensatz legt

nahe, dass Arbeitslose eben nicht nach Arbeit suchen, also faul sind.

Asylbewerber

Das Wort unterstellt, dass man sich in Deutschland auf Asyl wie auf einen Arbeitsplatz bewerben muss. Doch wer es bis hierher geschafft hat, der hat bereits Asyl gefunden. Und nicht nur das. Es gibt im Grundgesetz sogar ein Recht auf Asyl. Um dieses muss sich niemand bewerben. Es steht erst einmal jedem zu. Das Kompositum **Asylbewerber** suggeriert jedoch, dass dieses Recht eingeschränkt, beschnitten oder grundlos versagt werden kann, wenn der Bewerber irgendwie nicht genehm ist. Wenn man die gleiche Wortbildung auf andere Rechte anwendet, wird deutlich, wie absurd sie ist. Der »Meinungsfreiheitsbewerber« zum Beispiel klingt inakzeptabel. Daher sollte **Asylbewerber** besser Asylberechtigter oder Asylnehmer heißen. Zumindest aber Asylsuchender sollte verwenden, wer das Wort Asylant vermeiden will, was manchen an Spekulant und Denunziant erinnert. Eigentlich ist *-ant* lediglich eine lateinische Partizipialendung, die aus einem Substantiv ein *Nomen agentis* ableitet und somit die Bezeichnung für jemanden, der etwas tut. Weswegen es diverse unverdächtige Wörter mit dieser Endung gibt wie Laborant, Musikant und Demonstrant – na gut, letztere sind manchem auch verdächtig. Allerdings wurde der Asylant exzessiv von jenen gebraucht, die Menschen dieses Grundrecht nicht gewähren wollen. Weswegen alle anderen glaubten gezwungen zu sein, sich ein neues Wort auszudenken. Statt das alte Wort und das Grundrecht zu verteidigen.

Atomruine

Die **Atomruine** klingt pittoresk, malerisch also, und interessant. Sie klingt wie ein Ort, den Neugierige gern besuchen. Wovon wir allerdings dringend abraten. Denn was wie eine Sehenswürdigkeit daherkommt, ist ein havariertes Atomkraftwerk und somit ein Haufen radioaktiv verseuchter Schrott. Der Begriff ist aber nicht nur schönfärbend, er ist auch falsch. Denn einerseits heißt das vom griechischen *átomos* abgeleitete Wort Atom »das Unteilbare« – es kann also sprachlich gar nicht ruiniert, somit »zu Grunde gerichtet« werden. Andererseits werden mit dem Substantiv Ruine »Reste von Baulichkeiten« bezeichnet, die nicht mehr funktionieren; ein kaputtes Atomkraftwerk ist streng genommen keine Ruine, denn seine »Funktion« büßt es nicht ein, nur weil es explodiert ist, es strahlt ja munter weiter. Zu unseren Lebzeiten wird es daher keine malerischen **Atomruinen** geben, die ein Tourist betreten und erkunden kann. Wohl aber noch viele solcher Euphemismen für diese gefährliche Technik – wie der häufiger in diesem Zusammenhang erwähnte Sarkophag beweist. Der lässt ein reich verziertes Grabmal vermuten, ist dabei aber eine eher hässliche und noch dazu mürbe Betonabdeckung, die tödliche radioaktive Strahlung abschirmen soll.